

Von: NOICHL Maria <[maria.noichl@europarl.europa.eu](mailto:maria.noichl@europarl.europa.eu)>

An: [kontakt@politik-fuer-menschen-mit-handicap.de](mailto:kontakt@politik-fuer-menschen-mit-handicap.de)

Betreff: RE: Resolution zur sexuellen reproduktiven Gesundheit und den Rechten von Frauen

Sehr geehrter Herr Masmeier,

ich möchte Ihnen herzlich für Ihre Email zum Bericht meines sozialdemokratischen Kollegen Predrag Matić danken. Ich antworte Ihnen auch im Namen meiner SPD-Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament.

Niemand in meiner Fraktion, niemand der diesen Bericht unterstützt, applaudiert, wenn abgetrieben wird. Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit Jahrzehnten für Kinderbetreuung, für Müttergenesungswerke und Wickelplätze in öffentlichen Toiletten und viele weitere soziale Rahmenbedingungen, die Familien unterstützen. Gute, verlässliche und einklagbare soziale Absicherung ist uns wichtig und kann in manchen Fällen auch die Entscheidung für ein Kind vereinfachen. Das ist unser Weg – und dies seit Jahrzehnten. Wir wissen aber auch, dass es immer wieder sehr schwierige Situationen geben kann, in denen eine Schwangerschaft nicht erwünscht ist. Denken Sie zum Beispiel auch von Ihnen angesprochene Schwangerschaft nach einer Vergewaltigung. Und ich denke nicht, dass wir Frauen zwingen sollten, Schwangerschaften gegen ihren Willen auszutragen. Genau deshalb unterstütze ich diesen Bericht. Denn er steht für die Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung und die letztendliche Verantwortung der Frau und gleichzeitig für all die Rahmenbedingungen, die solche Situationen seltener machen. Das bedeutet zum Beispiel den Zugang zu Verhütung und die frühe, vorurteilsfreie Aufklärung von Mädchen und Jungen, die das Einverständnis und den Respekt füreinander als unbedingte Grundvoraussetzung in den Mittelpunkt stellt: Nur „ja“ heißt auch wirklich ja.

Die Einschätzung, dass eine Entscheidung gegen eine Schwangerschaft bei Verdacht oder Vorliegen einer Behinderung, auch eine Entscheidung über den Wert des Lebens ist, teile ich nicht. Ich denke, dass es in diesem Fall eher eine Entscheidung auf Grund fehlender Rahmenbedingungen und Unterstützung ist. Und sich viele Menschen eine solche Aufgabe nicht zutrauen. Und ich gebe Ihnen Recht, dass wir an dieser Stelle ansetzen und mehr Unterstützung möglich machen müssen. Das Parlament kann in diesem Bereich ebenfalls nur Handlungsempfehlungen auf den Weg bringen. Ich werde diesen Punkt aber im Hinterkopf behalten und ihn an geeigneter Stelle einbringen.

Um Ihnen darüber hinaus zu verdeutlichen, wie vielseitig der Bericht ist, habe ich Ihnen hier noch weitere Forderungen aufgelistet:

- fordert gemeinsame Standards in der Bekämpfung von Gewalt bei der Geburt oder in der Gynäkologie
- drückt seine Sorge in Bezug auf die Rechte von Menschen mit Behinderung aus und fordert rechtliche Schritte, die körperliche Unversehrtheit, Wahlfreiheit und Selbstbestimmung zu stärken *(17. ist zutiefst besorgt darüber, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen viel zu oft der Zugang zu Einrichtungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit verwehrt wird, dass ihnen im Hinblick auf die Verwendung von Verhütungsmitteln Aufklärung und Einwilligung verweigert werden und dass sie sogar der Gefahr ausgesetzt sind, zwangssterilisiert zu werden; fordert die Mitgliedstaaten auf, Legislativmaßnahmen umzusetzen, damit die körperliche Unversehrtheit von Menschen mit Behinderungen sowie ihre Wahlfreiheit und die Selbstbestimmung in Bezug auf ihr Sexualleben und ihre Familienplanung gewahrt bleiben)*
- fordert die Mitgliedstaaten auf, allen Menschen im reproduktiven Alter Zugang zu Kinderwunschbehandlungen zu ermöglichen

- fordert eine Analyse der Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheit und Gesundheitssysteme für Frauen und Männer

Ich habe daher für den Bericht gestimmt und hoffe, Ihnen deutlich gemacht zu haben, warum dieser wichtig und richtig ist.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Noichl